

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbm d

## Inhalt

Hans Krollmann, Hessischer SPD-Spitzenkandidat, schildert die Ausgangslage für die Hessischen Landtagswahlen: Das Beste für Hessen ist eine starke SPD.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB fragt nach dem Beitrag der Bundesregierung zur Rettung der Stahl-Standorte: Sind Massenentlassungen schon beschlossene Sache.

Seite 3

Hans Gottfried Bernrath MdB fordert Datenschutzvorschriften für die Sicherheitsbehörden: Neuer Personalausweis eröffnet Mißbrauchsmöglichkeiten.

Seite 4

Gerd Walter MdEP verlangt von der Bundesregierung mehr Berechenbarkeit in der Europa-Politik: Nachhilfe aus erster Hand.

Seite 5

42. Jahrgang / 63

1. April 1987

Das Beste für Hessen ist eine starke SPD

Der Hessen-Wahlkampf im Endspurt

Von Hans Krollmann  
Hessischer SPD-Spitzenkandidat

Die Mobilisierung ist gut, unsere Anhänger sind motiviert. In allen Landesteilen sind die Veranstaltungen hervorragend besucht. Insbesondere seit der schnellen und klaren Entscheidung des Parteivorstandes vom letzten Montag ist ein „Ruck durch die Partei“ gegangen, der sich positiv auf den Wahlkampf auswirkt.

Bemerkenswert sind insbesondere die vielen spontanen Unterstützungsaktionen von Gruppen und Einzelpersonen außerhalb der Partei. Da überreichen Menschen, die nicht zur SPD gehören, Spenden zur Finanzierung des Wahlkampfes, da bilden sich spontane Künstlerinitiativen zur Unterstützung der SPD und für mich als Person, da schließen sich Polizeibeamte zusammen und schalten eine recht große Anzeige in bedeutenden Tageszeitungen, da kommen Einzelpersonen aus dem Bereich der darstellenden und bildenden Kunst und bitten um Vorschläge, wie sie den Wahlkampf der SPD finanziell und ideell unterstützen können.

Diesen Effekt, daß der Wahlkampf weit über die Grenzen der eigenen Parteimitglieder hinaus beachtet wird und Wirkung zeigt, haben Sozialdemokraten seit vielen Wahlen nicht mehr erlebt. Es geht in den letzten Tagen noch darum, für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung zu sorgen, damit die SPD eine komfortable Mehrheit erhält und in den nächsten vier Jahren erfolgreich regieren kann.

Deshalb müssen wir noch einmal deutlich machen:

In Hessen wird darüber entschieden, wie es mit sozialer Gerechtigkeit und sozialer Chancengleichheit bei uns weitergeht. Die Bonner Politik von CDU und FDP verletzt den sozialen Ausgleich und setzt den sozialen Frieden aufs Spiel. Kürzungen von Sozialleistungen, Streichungen von der Ausbildungsförderung, Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten, Schwächung der Gewerkschaften beim Paragraph 116 AFG, sind nur wenige Beispiele der Bonner Politik zum Abbau des Sozialstaats, der den arbeitenden und alten Menschen Schutz und Sicherheit gibt.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos  
mit dem  
Recht der  
Presse



Die SPD in Hessen sichert den Sozialstaat und paßt ihn neuen Herausforderungen an: Allein in den letzten vier Jahren hat die Landesregierung 12.000 Ausbildungsplätze gefördert; das „Hessische Aktionsprogramm für Frauen“ hat eine Vielzahl von Aktivitäten in der Forschung, der Fortbildung und Berufsförderung von Frauen ausgelöst: für hessische Schüler aus einkommensschwachen Familien wurde BAFöG durchgesetzt, als Ausgleich für die Bonner Streichungen bei der Ausbildungsförderung; im Bundesrat hat sich Hessen unter anderem für eine Pflegeversicherung im Alter eingesetzt, damit die alten und kranken Menschen nicht auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Auch in der Steuerpolitik setzt die Bonner Regierung ihre unsoziale und ungerechte Politik fort. Den Reichen beschert sie Steuergeschenke; die Normalverdiener müssen die Zeche bezahlen. Wenige Spitzenverdiener sollen bis zu 40.000 Mark im Jahr geschenkt bekommen; die meisten Steuerzahler aber erhalten keinen Pfennig oder gerade 440 Mark.

Blüm hat recht: Dies ist ein Faustschlag ins Gesicht der Arbeitnehmer - er hat allerdings kräftig mitgeschlagen.

Es geht um SPD oder CDU. Wir wollen eine eigene Mehrheit, weil so sozialdemokratische Ziele am besten zu verwirklichen sind. Die Ausgangslage dafür ist gut. Falls wir diese Mehrheit nicht erreichen sollten, werden wir zuerst mit den Grünen verhandeln, aber wir werden uns nicht erpressen lassen. Wir haben in den vergangenen Jahren mit ihnen gute Ergebnisse für das Land erreicht: Lehrstellenprogramm, Frauenprogramm, dezentrale Energieversorgung. Die CDU war jeweils dagegen, sie würde unsere Erfolge zurückdrehen. Die FDP will sich als Steigbügelhalter der CDU betätigen. Die Entscheidung am kommenden Sonntag ist klar: Das Beste für Hessen ist eine starke SPD.

Deshalb müssen wir bis zur letzten Minute gemeinsam kämpfen. Die Chancen stehen gut. Jedes Rennen ist erst im Ziel entschieden. Mit einem starken Endspurt haben wir schon wichtige Siege errungen.

(-/1.4.1987/vo-ha/st)

\* \* \*



**Stahl: Sind die Massenentlassungen schon beschlossene Sache?**

**Bundesregierung schiebt Mitverantwortung ab**

Von Rudolf Dreßler MdB

Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AFA)

Die gestrige „Stahlrunde“ im Kanzleramt ist nur durch den wachsenden öffentlichen Druck zustande gekommen. Und die Bundesregierung hat sie ganz bewußt unverbindlich gehalten. Denn an ihrer grundsätzlichen Position hat sich nichts geändert: Sie versucht, jede Zuständigkeit und jede Mitverantwortung der Bundespolitik möglichst weit von sich wegzuhalten.

Von den Gewerkschaften über die Länder bis zu den Unternehmen und Gemeinden soll jeder Verantwortung übernehmen - nur die Bundesregierung nicht.

Und das, was angeboten wird, ist nichts anderes als die Flankierung der geplanten Massenentlassung mit den Mitteln der Politik - vorzugsweise aus den Kassen der Bundesanstalt für Arbeit.

Die Vorschläge („Stahlstiftung“) der Arbeitgeberseite zielen in die gleiche Richtung. Geregelt werden soll die Zeit nach den Massenentlassungen. Und die eingeforderten öffentlichen Mittel sind nichts anderes als die Subvention der Sozialpläne.

Die Unternehmen weigern sich offensichtlich ganz beharrlich, überhaupt über Alternativen zu den geplanten Massenentlassungen nachzudenken. Aber nur daraus könnte für die Arbeitnehmer und betroffenen Regionen eine neue Perspektive erwachsen.

Deshalb wird es jetzt vor allem darauf ankommen, den Zusammenhalt der Arbeitnehmer in allen Stahlstandorten und auch der Vertreter der betroffenen Regionen zu organisieren und zu erhalten. Das Kalkül, die Belegschaften und die Regionen gegeneinander auszuspielen, darf nicht aufgehen. Das konservativ-wirtschaftsliberale Prinzip „jede Stadt stirbt für sich“, muß durchbrochen werden. Arbeitgebern und Bundesregierung muß eine offensive industrie- und regionalpolitische Diskussion aufgezwungen werden. Die wirklichen Verantwortlichkeiten müssen in einem „Nationalen Stahlausschuß“ deutlich gemacht werden.

Konsequenz der europäischen Stahlpolitik und des wirtschaftspolitischen Liberalismus à la Bange-mann darf es nicht sein, daß die Arbeitnehmer in der Stahlindustrie der Bundesrepublik Deutschland überproportional die Lasten des unumgänglichen europäischen Anpassungsprozesses in der Stahl-industrie zu tragen haben.

Wenn je eine Diskussion über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums gerechtfertigt war, dann ist sie es jetzt, vor dem Hintergrund des Verhaltens der Stahlkonzerne. Von ihnen kann und muß verlangt werden, daß sie eigene Mittel und Möglichkeiten nutzen, um den Anpassungsprozeß erträglich zu gestalten und für Ersatzarbeitsplätze in den betroffenen Regionen zu sorgen. Die regional und strukturpolitische Vernunft gebietet es, den Weg, den Arbeitgeber und Bundesregierung scheinbar beschreiten wollen, nicht mitzugehen. Wer jetzt nur über die Gestaltung des „Abbruchunternehmens Stahlstandorte“ reden will, der verweigert sich seiner Pflicht gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Vertretern der betroffenen Regionen in eine vernünftige Überprüfung der angekündigten und noch geplanten Kahlschlagsanierung durch die Konzerne einzutreten.

Wirklich deutlich geworden ist in dieser „Stahlrunde“ wohl nur eines: Die Haltung des Bundeswirtschaftsministers unterscheidet sich von dem, was vor wenigen Tagen in der „Welt“ gestanden hat, grundsätzlich durch nichts.

(-/1.4.1987/st/ks)

\* \* \*



**Neuer Personalausweis eröffnet Mißbrauchsmöglichkeiten**

**Der Datenschutz im Sicherheitsbereich darf nicht abgebaut werden**

Von Hans-Gottfried Barnrath MdB  
Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Einführung des neuen fälschungs- und verfälschungssicheren sowie maschinenlesbaren Personalausweises abgelehnt.

Die SPD vertritt die Auffassung, daß der mit der automatischen Lesbarkeit verbundene Aufwand und die erheblichen Mehrkosten in keinem Verhältnis zu dem erwarteten Sicherheitsgewinn stehen. In Übereinstimmung mit Experten aus dem Sicherheitsbereich vertreten wir die Auffassung, daß das geplante Ausweissystem weder eine absolute Fälschungssicherheit bietet, noch geeignet ist, Mißbrauchsmöglichkeiten durch Verwendung anderer Ausweise auszuschließen.

Die mit der Maschinenlesbarkeit verbundenen Zeitgewinne bei den Grenzkontrollen sind, wenn sie überhaupt eintreten, geringfügig. Mit ihnen läßt sich jedenfalls der Mehraufwand, vor allem finanzieller Art, nicht begründen.

Der mit dem neuen Personalausweis angeblich angestrebte Sicherheitsgewinn kann nur durch eine Intensivierung der Grenzkontrollen erreicht werden. Dies steht jedoch im krassen Widerspruch zum Bestreben der Regierung, die Kontrollen im grenzüberschreitenden Verkehr der Europäischen Gemeinschaft abzubauen.

Größte Bedeutung kommt aber der automatischen Lesbarkeit zu, denn sie ist geeignet, Mißbrauchsmöglichkeiten zu eröffnen und damit Besorgnis in Teilen unserer Bevölkerung zu begründen. Diese Angst ist insofern auch nicht unbegründet, als es die Regierung offensichtlich bewußt unterlassen hat, begleitende bereichsspezifische Regelungen zu erlassen. Ohne datenschutzrechtliche Sicherungen in der Strafprozeßordnung, den Meldegesetzen des Bundes und der Länder, den Verfassungsschutzgesetzen und so weiter ist die Einführung eines maschinenlesbaren Personalausweises nämlich nicht zu verantworten.

Die SPD-Bundestagsfraktion erinnert daran, daß der Deutsche Bundestag am 17. Januar 1980 einstimmig eine Entschließung verabschiedet hat, die ein Junktim zwischen der Einführung eines maschinenlesbaren Personalausweises und der Schaffung bereichsspezifischer Datenschutzvorschriften für die Sicherheitsbehörden herstellte. Dieser Selbstverpflichtung des Deutschen Bundestages sind die Regierungsfractionen von CDU/CSU und FDP nicht nachgekommen. Die Regierungsfractionen täten gut daran, nunmehr in den nächsten Monaten intensiv an der Erarbeitung der unabdingbar erforderlichen Datenschutzbestimmungen in den Sicherheitsgesetzen zu arbeiten und nicht - wie in der Koalitionsvereinbarung beschlossen - nach Wegen zu suchen, um den Datenschutz im Sicherheitsbereich abzubauen, einzuschränken oder wirkungslos zu machen.

(-/1.4.1987/st/ks)

\* \* \*



### Nachhilfe aus erster Hand

Kohl muß europäischen Lösungen der kleinlichen Nationalmeierei vorziehen

Von Gerd Walter MdEP  
Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

Es war schon immer so: Reiche Leute konnten sich einen Hauslehrer halten. Dies Bild drängt sich auf, wenn heute, am 1. April, 17 ehrbare EG-Kommissare in die Bundeshauptstadt reisen. Eine zweitägige Sitzung mit dem Bundeskabinett ist angesagt. Aus europäischer Sicht ist die Rollenverteilung klar: Kanzler Kohl und seine Minister erhalten Nachhilfe-Unterricht in Sachen Europäische Gemeinschaft aus erster Hand. Das tut auch not.

Uns wurde in jüngster Zeit kaum mehr geboten, als der Schlagabtausch zwischen Vertretern (leider) unterschiedlicher Interessen - dort die Kommission der Europäischen Gemeinschaft, die vertraglich verpflichtet ist, das Gesamt-EG-Interesse zu vertreten und hier die Bundesregierung, als Anführerin jener Fronde, die meint, Egoismus und EG, das passe schon wegen der gleichen Buchstabenfolge trefflich zusammen. Das ist kein Scherz - so kurzfristig und verkommen ist die Europa-Politik der Bundesregierung.

Oder wie kann man es anders sehen, wenn Landwirtschaftsminister Kiechle der EG-Kommission vorwirft, sie habe fast eine Kriegserklärung formuliert, als sie die diesjährigen Agrarpreisvorschläge vorlegte. Ein Gütesiegel der EG ist die Tatsache, daß es zwischen ihren Mitgliedstaaten nach menschlichem Ermessen nie wieder Krieg geben wird. Und dann brabbelt der Agrarminister etwas von „Kriegserklärung“ und droht, der EG den Geldhahn zuzudrehen. Ganz so als wäre nicht der Industriestaat Bundesrepublik der Hauptnutznießer des Gemeinsamen Marktes.

Die EG-Kommission führt aus, was die EG-Finanzminister gefordert haben. Sie übt Haushaltsdisziplin. Diesen Hebel freilich will der Bundesfinanzminister an ganz anderer Stelle und (so darf man mutmaßen) mit durchaus egoistischen Gründen an ganz anderer Stelle ansetzen. Er will verhindern, daß über die EG-Strukturfonds den unterentwickelten Regionen der Gemeinschaft mehr Entwicklungsgeld zufließt. Es könnte ja Konkurrenz entstehen. Und ebenso blockiert er seit Monaten die Mittel für das fünfjährige EG-Forschungsprogramm. „Programmrausch“ nennt er die wohlwogeneren Vorschläge, die auch den weniger fortgeschrittenen EG-Mitgliedländern den Weg zu größerer Forschertätigkeit ebnen und damit den Ländern und der Gemeinschaft neue Kräfte zuführen sollen. Zur Finanzierung ist ein Bruchteil des EG-Agrarhaushalts notwendig - aber Stoltenberg blockt ab. Aus Konkurrenzangst?



Sein Forschungskollege Riesenhuber setzte auf diesen Schelm anderthalbe drauf. Nein, um Forschung sollten sich die Kollegen nicht so sehr kümmern; (die sei gut in deutscher Hand). Wichtiger sei die Entwicklung einheitlicher Normen, damit es am Binnenmarkt so richtig vorangehe. Entlarvender hat die deutsche Rücksichtslosigkeit bislang kaum einer formuliert.

Dafür findet Landwirtschaftsminister Kiechle Verbündete bei seiner Taktik, die unter Freunden jedenfalls unüblich und im Alltag Erpressung genannt wird. Sein bester Lehrling ist Umweltminister Wallmann. Dieser Mann, ein von Termin zu Termin hetzender Dampfplauderer, pflegt seine Ankündigungen stets mit einer Fußnote zu versehen: Allerdings werden meine EG-Partner wohl nicht mitmachen, deshalb machen wir einen Alleingang. Der Europäische Gerichtshof hat solche Alleingänge bislang allemal gestoppt und der Sündenfall des deutschen Vetos hängt der Regierung Kohl immer noch bleischwer in den Kleidern. Aber der Bundeskanzler stoppt sein Kabinett nicht. Sein Außenminister Genscher begnügt sich wie er mit schönen Reden.

Kanzler Kohl sollte, bevor es heute ans Eingemachte geht, bevor die großen Themen zur Bewältigung der Zukunft - EG-Finanzierung, EG-Agrarpolitik, Regionalpolitik - behandelt werden, den Schutt beiseite räumen, den seine Politik in den vergangenen Monaten aufgetürmt hat.

- o Er sollte für die deutschen EG-Kommissare eine Ehrenerklärung abgeben, die klarstellt, daß sie ihre Aufgaben nach Geist und Buchstaben der Europäischen Verträge erfüllen und es keine Versuche mehr geben wird, sie zu Statthaltern Bonns in Brüssel zu machen.
- o Er sollte deutlich mißbilligen, daß auf Bauerdemonstrationen Puppen verbrannt wurden, die die deutschen EG-Kommissare darstellen sollten.
- o Er sollte die deutsche Europa-Politik wieder aus der Grauzone der Unberechenbarkeit herausführen und deutlich sagen, daß die europäischen Lösungen den Vorzug vor kleinlicher Nationalmeierei haben müssen und werden.

Wenn der Bundeskanzler nicht die Kraft hat, seine schönen Europa-Sonntagsreden vom Kopf auf die Füße zu stellen, damit sie sich in der Praxis bewähren, wird der Aufmarsch der 17 EG-Kommissare nur ein Fernsehereignis bleiben, das die Stagnation der Gemeinschaft illustriert. Für die Zukunft der EG müßte dann auf die Zeit nach Kohl gehofft werden. (-/1.4.1987/st/ks)

\* \* \*

